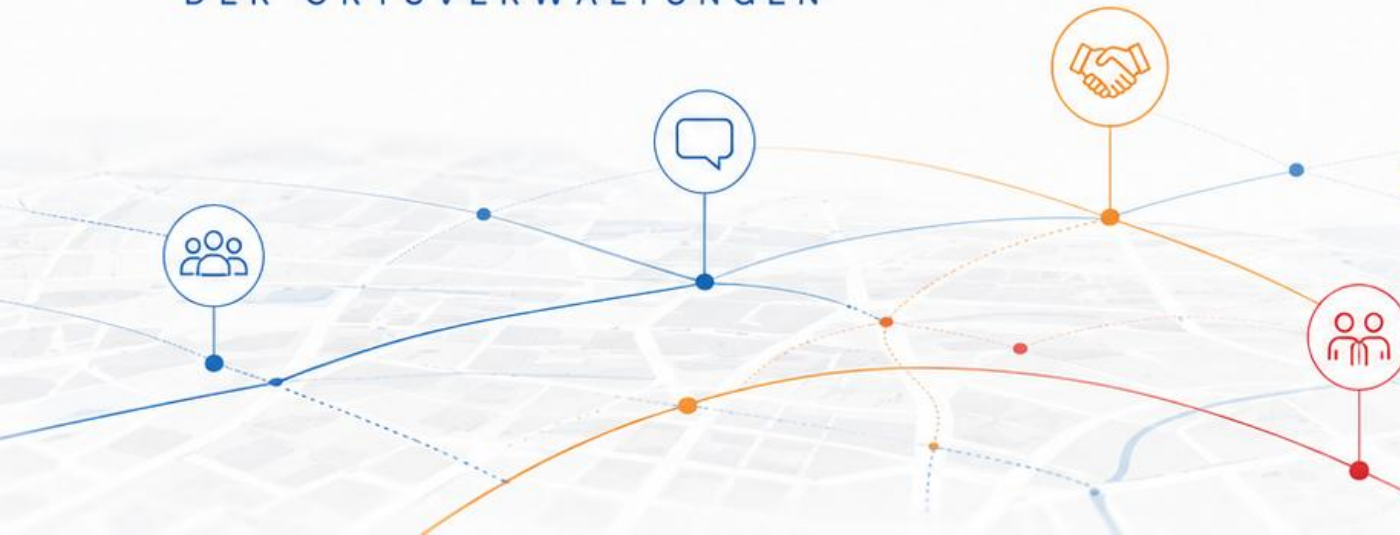


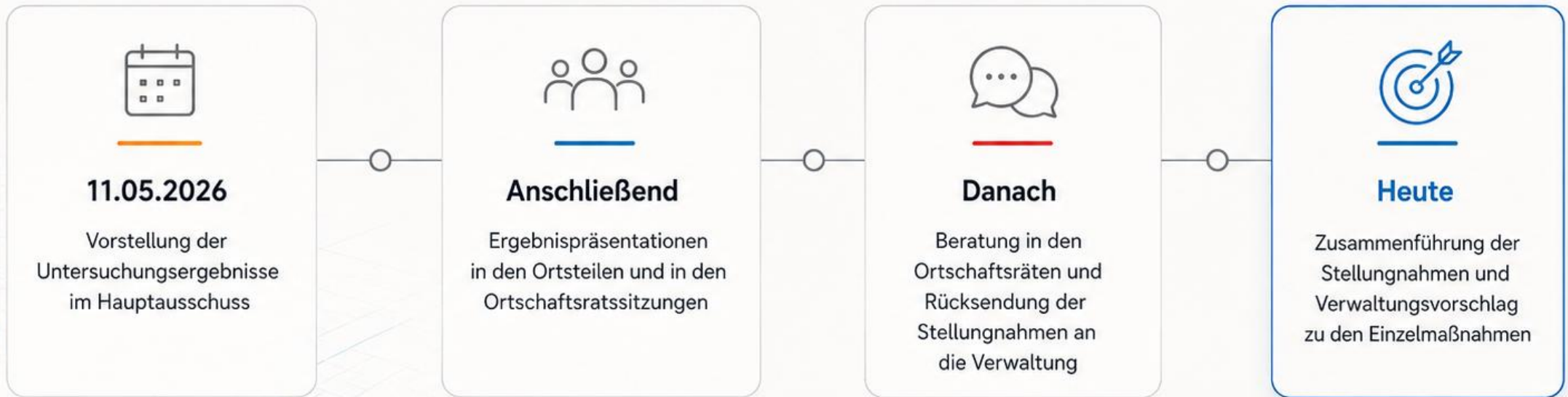
Auswertung der Stellungnahmen und Verwaltungsvorschlag zum weiteren Vorgehen

ORGANISATIONSENTWICKLUNG
DER ORTSVERWALTUNGEN



Bisheriger Ablauf der Ergebnispräsentation

ORGANISATIONSUNTERSUCHUNG DER ORTSVERWALTUNGEN



Grundlage der Bewertung

DREI PERSPEKTIVEN WURDEN ZUSAMMENGEFÜHRT

Rheinfelden
Baden



Gutachten

Fachliche Empfehlungen und
Maßnahmenempfehlungen

- Fachliche Analyse
- Maßnahmenempfehlungen
- Struktur- und Aufgabenbewertung



Ortschaftsräte

Einbindung der örtlichen
Perspektive

- Örtliche Erfahrungen
- Bürgernähe
- Örtliche Besonderheiten



Verwaltung

Prüfung aus gesamtstädtischer Sicht

- Umsetzbarkeit und Wirtschaftlichkeit
- Einheitlicher Bürgerservice in allen Ortsteilen
- Vertretbarkeit bei Urlaub, Krankheit und Vakanzen
- Gesetzliche Vorgaben, Standards, Prozesse und Zuständigkeiten
- Digitalisierung, Modernisierung und effiziente Nutzung von Personal, Gebäuden und Infrastruktur
- Aufgabenerfüllung trotz Fachkräftemangel



Abgewogene Gesamtbewertung

Was die Ortschaftsräte besonders hervorheben



Bürgernähe



Feste
Ansprechpartner



Orts- und
Personenkenntnisse
vor Ort



Hohe
Bürgerzufriedenheit



Identifikation der
Mitarbeitenden mit
dem jeweiligen Ortsteil



Was die Ortschaftsräte überwiegend unterstützen

Rheinfelden
Baden





§ 44 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO BW)



(1)



¹Der Bürgermeister leitet die Gemeindeverwaltung. ²Er ist für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsmäßigen Gang der Verwaltung verantwortlich, regelt die innere Organisation der Gemeindeverwaltung und grenzt im Einvernehmen mit dem Gemeinderat die Geschäftsbereiche der Beigeordneten ab.

(2)



¹Der Bürgermeister erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz oder vom Gemeinderat übertragenen Aufgaben. ²Die dauernde Übertragung der Erledigung bestimmter Aufgaben auf den Bürgermeister ist durch die Hauptsatzung zu regeln. ³Der Gemeinderat kann die Erledigung von Angelegenheiten, die er nicht auf beschließende Ausschüsse übertragen kann (§ 39 Abs. 2), auch nicht dem Bürgermeister übertragen.

(3)



¹Weisungsaufgaben erledigt der Bürgermeister in eigener Zuständigkeit, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist; abweichend hiervon ist der Gemeinderat für den Erlass von Satzungen und Rechtsverordnungen zuständig, soweit Vorschriften anderer Gesetze nicht entgegenstehen. ²Dies gilt auch, wenn die Gemeinde in einer Angelegenheit angehört wird, die auf Grund einer Anordnung der zuständigen Behörde geheim zu halten ist. ³Bei der Erledigung von Weisungsaufgaben, die auf Grund einer Anordnung der zuständigen Behörde geheim zu halten sind, sowie in den Fällen des Satzes 2 hat der Bürgermeister die für die Behörden des Landes geltenden Geheimhaltungsvorschriften zu beachten.

(4)



Der Bürgermeister ist Vorgesetzter, Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Gemeindebediensteten.



Einordnung Verwaltung

Die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen betreffen ausschließlich die innere Organisation der Gemeindeverwaltung und fallen daher gemäß **§ 44 Abs. 1 Satz 2 GemO BW** in die Organisations- und Leitungsbefugnis des Bürgermeisters.

Da hierdurch keine Entscheidungszuständigkeiten des Gemeinderats berührt werden, ist für die Umsetzung der Maßnahmen **kein Beschluss des Gemeinderats erforderlich**.



Vorschlag Verwaltung

Die Maßnahmen werden verwaltungsintern umgesetzt. Ein Beschluss des Gemeinderats ist **nicht erforderlich**.

Weiterentwicklung des Sitzungsdienstes für die Ortschaftsratssitzungen



Rheinfelden
Baden



Maßnahme		Kernaussage der Ortschaftsräte	Bewertung der Verwaltung	Vorschlag der Verwaltung
15-2	Mandantenkonten im Ratsinformationssystem prüfen	 Keine Einwände.	 Folgeprojekt erforderlich. Digitaler Zugang kann Vorbereitung, Transparenz und Verteilung verbessern.	 Folgeprojekt erforderlich. Nutzung von Mandantenkonten weiter evaluieren.
15-6 / 15-22	Sitzungsdienst und Termine prüfen	 Terminprüfung sinnvoll. Verlagerung von Teilaufgaben kritisch. Zuständigkeiten und Kapazitäten klären.	 Folgeprojekt erforderlich. Standardisierung kann Abläufe verbessern. Schnittstellen und Kapazitäten prüfen.	 Folgeprojekt erforderlich. Sitzungsreihenfolge, Termine und mögliche Zentralisierung prüfen.
15-14	KI-gestützte Protokolle prüfen	 Grundsätzlich unterstützend. Persönliche Protokollführung bleibt erforderlich.	 Direkt umsetzbar. KI-Transkription kann Bearbeitung beschleunigen und Standards verbessern.	 Umsetzung vorbereiten. KI-gestützte Transkription als Ganzhauslösung weiterverfolgen.

Bürgerservice

Kompakte Übersicht der Maßnahmen



Rheinfelden
Baden



Maßnahme



Kernaussage Ortschaftsräte



Einordnung Verwaltung



Vorschlag Verwaltung

15-17

Schadensmelder erweitern

Ausbau auf städtische Gebäude zur digitalen Meldung von Defekten.



Grundsätzlich positiv. Funktionsfähigkeit und Bearbeitung der Meldungen müssen gesichert sein.



Folgeprojekt erforderlich. Der Ausbau des Schadensmelders soll weiterentwickelt werden.



Folgeprojekt

Schadensmelder im Folgeprojekt weiterentwickeln.

15-18

Digitale Bürgerservices ausbauen

Online-Dienste aktivieren, integrieren und besser bewerben.



Überwiegend Zustimmung. Digitale Services werden als sinnvolle Ergänzung bewertet.



Direkt umsetzbar. Online-Dienste können aktiviert und besser auffindbar dargestellt werden.



Direkt umsetzbar

Online-Dienste integrieren und Bürger gezielt informieren.

15-19

Online-Terminvergabe Herten

Terminvereinbarungssystem für die Ortsverwaltung prüfen.



Differenziert betrachtet. Vorteile werden gesehen, zugleich bleibt ein unkomplizierter Zugang wichtig.



Zurückstellen. Umsetzung ist wegen Fallzahlen und Kosten derzeit nicht vorgesehen.



Zurückstellen

Fokus auf Bereiche mit hohem Kundenaufkommen.

Organisation & Zusammenarbeit

Kompakte Übersicht der Maßnahmen



Rheinfelden
Baden

 Maßnahme	 Kernaussage Ortschaftsräte	 Einordnung Verwaltung	 Vorschlag Verwaltung
15-1 Zentraler Bodendienst	 Überwiegend Vorbehalte. Verweis auf örtliche Gegebenheiten, bestehende Abläufe und Bürgernähe.	 Zentrale Struktur bietet klare Standards, bessere Planbarkeit und effizienteren Ressourceneinsatz.	 Prüfen & Umsetzungskonzept erarbeiten
15-4 Zuständigkeiten schärfen	 Nicht direkt bewertet. Wiederholt werden unklare Zuständigkeiten und Abstimmungsprobleme benannt.	 Projekt läuft bereits im Rahmen der Intranet-Neugestaltung.	 Projekt läuft
15-5 Information der Ortsverwaltungen	 Verlässlicher Informationsaustausch, zeitnahe Rückmeldungen und bessere Kommunikation sind wichtig.	 Frühzeitige Weitergabe ortsteilbezogener Informationen. Bestehende Austauschformate gezielt nutzen.	 Zur Kenntnis
15-8 Fachbesprechungs-routine	 Mehr Abstimmung zwischen Ortsverwaltungen, Bürgerbüro und Fachämtern wird unterstützt.	 Geeignetes Besprechungsformat wird vorbereitet, Start nach der Sommerpause vorgesehen.	 Zur Kenntnis
13-9 Gefährdungs-beurteilung	 Keine Anmerkungen.	 Wird künftig berücksichtigt.	 Zur Kenntnis
15-10 Szenarien Dienstleistungen	 Unterschiedliche Entwicklungs- und Organisationsszenarien sollen nachvollziehbar dargestellt werden.	 Teil der laufenden Organisationsarbeit und Gesamtbetrachtung der künftigen Organisation.	 Zur Kenntnis

Zentralisierung von Prozessen

ÜBERBLICK MASSNAHMEN



Rheinfelden
Baden

 Maßnahme	 Kernaussage der Ortschaftsräte	 Bewertung der Verwaltung	 Vorschlag der Verwaltung
15-13 Verlagerung der Aufgabe Schankerlaubnis in das Amt 32	 Überwiegend kritisch. Enge Verknüpfung mit Veranstaltungen, Raumnutzung, Hausmeistern und Ortskenntnis. Verlagerung nur bei zuverlässiger Einbindung der Ortsverwaltung weiterverfolgen.	 Direkt umsetzbar. Seit 01.01. handelt es sich um eine Anzeige. Effizienz durch zentrale Bearbeitung; Ortsverwaltungen bei Betroffenheit einbinden und informieren.	 Verlagerung umsetzen.
15-20 Verlagerung der Aufgabe Beantragung eines Fischereischeins in das Amt 32	 Überwiegend neutral bzw. zustimmend.	 Direkt umsetzbar. Einheitliche Prozesse und Ansprechstelle schaffen; rechtliche Vorgaben und Bearbeitung effizient bündeln.	 Verlagerung umsetzen.
15-24 Verlagerung Bearbeitung von Fundsachen in das Amt für öffentliche Ordnung, Amt 32	 Teilweise kritisch bzw. abgelehnt. Enge Verbindung zu Ortskenntnis, kurzen Wegen und direkter Ansprechbarkeit der Ortsverwaltung. Aufgabe sollte bei der Ortsverwaltung verbleiben.	 Direkt umsetzbar. Zentraler Prozess mit digitaler Erfassung und Bündelung am selben Ort erhöht Effizienz und Nachverfolgbarkeit.	 Folgeprojekt erforderlich.
PROZESSOPTIMIERUNG			
15-23 Mietverhältnisse zentral bearbeiten und abrechnen	 Kritisch, da Vermietung, Raumvergabe und örtliche Terminplanung eng mit der Ortsverwaltung verbunden sind.	 Zentrale Bündelung bringt Effizienz. Erster Ansprechpartner bleibt die Ortsverwaltung.	 Zentral im Amt 65 bündeln. Vertragswesen und Abrechnung zentral bündeln; Vergabe vorerst bei Ortsverwaltungen.

Mitteilungsblätter

ÜBERBLICK MASSNAHMEN



Rheinfelden
Baden



 Maßnahme	 Stellungnahme Ortschaftsräte	 Bewertung der Verwaltung	 Vorschlag der Verwaltung
15-15 Weiterberechnung der Personalkosten für Redaktionsarbeiten der Mitteilungsblätter Redaktionsarbeiten für Mitteilungsblätter an Nutzer und Leser.	Bedeutung wird hervorgehoben. Mitteilungsblätter sind wichtig für einfach Information und Kommunikation. Weitere Berechnung der Personalkosten wird kritisch gesehen.	 Folgeprojekt erforderlich.	 Folgeprojekt starten. Modelle prüfen: Beibehaltung, Zusammenlegung oder stärkere Nutzung städtischer Kanäle. Digitale Formate sowie ergänzende analoge Verteilungen (Auslagen, Geschäfte, Zustellung in Haushalte) untersuchen.



MABNAHME



KERNAUSSAGE
ORTSCHAFTSRÄTE



EINORDNUNG DER
VERWALTUNG



VORSCHLAG DER
VERWALTUNG

15-27

Orientierung der
Öffnungszeiten anhand des
tatsächlichen Bedarfes an
Kundenterminen



Die Orientierung der Öffnungszeiten am tatsächlichen Bedarf an Kundenterminen wird grundsätzlich als nachvollziehbarer Ansatz angesehen. Zugleich wird die Bedeutung eines bürgernahen, bedarfsgerechten Serviceangebots hervorgehoben. Hinweis: In den Öffnungszeiten werden auch weitere interne Aufgabenerledigungen wahrgenommen.



**Folgeprojekt
erforderlich.**



Die Verwaltung passt die Öffnungszeiten im Rahmen eines Folgeprojekts an die tatsächlichen Bedarfe an. Dabei sind die Empfehlungen des Gutachtens sowie die Auswirkungen der vorgesehenen Zentralisierung und organisatorischen Veränderungen zu berücksichtigen.

15-28

Beibehaltung der aktuellen
Öffnungszeiten in Herten



Es liegen keine Stellungnahmen der Ortschaftsräte vor.



**Kein Änderungs-
bedarf.**



Die Verwaltung schlägt vor, die bestehenden Öffnungszeiten in der Ortsverwaltung Herten beizubehalten.

Ergebnisse und weiteres Vorgehen



Die **Ergebnisse** der Organisationsuntersuchung, die **Stellungnahmen** der Ortschaftsräte sowie die **Maßnahmentabelle** mit den Verwaltungsvorschlägen zum weiteren Vorgehen werden **zur Kenntnis genommen**.



Die zuvor dargestellten **Einzelmaßnahmen** liegen in der Organisationshoheit des Oberbürgermeisters. Die **Maßnahmentabelle** schafft **Transparenz** über die vorgesehenen Maßnahmen und die **nächsten verwaltungsinternen Schritte**.



Verlagerung der Aufgabe Rentenangelegenheiten

ÜBERBLICK MASSNAHMEN



Rheinfelden
Baden



Maßnahme



Kernaussage
der Ortschaftsräte



Bewertung
der Verwaltung



Vorschlag
der Verwaltung

15-21

Verlagerung der
Aufgabe
Rentenangelegen-
heiten

- Überwiegend kritisch bewertet.
- Bürgernähe, kurze Wege und Bedeutung für Herten sowie Nutzung durch Einwohner/innen anderer Ortsteile hervorgehoben.
- Rücksichtnahme auf das St. Josefshaus sowie Hinweis auf Verankerung im Eingliederungsvertrag.
- Keine erkennbaren Kosteneinsparungen durch reine örtliche Verlagerung; Gefahr der Schwächung des Bürgerservices vor Ort.
- Maßnahme nur im Benehmen mit dem Ortschaftsrat Herten und auf Grundlage einer nachvollziehbaren fachlichen, rechtlichen und organisatorischen Prüfung weiter verfolgen.

- Direkt umsetzbar.
- Zentralisierung führt zu Prozessoptimierung und sichert Qualität und Standards langfristig (Qualitäts- und Prozesssicherung, gemeinsames Terminvereinbarungstool).
- Keine Verschlechterung des Bürgerservices: gute Erreichbarkeit für alle Ortsteile durch ÖPNV gegeben.
- Mit der Amtsleitung von Amt 50 gesprochen: Ressourcen und räumliche Kapazitäten „vorhanden“. Die Amtsleitung erwartet mit der Zusammenlegung eine Effizienzsteigerung.
- Rechtsaufsichtsbehörde bereits angefragt.

Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich Zustimmung bzw. Rückmeldung der Rechtsaufsichtsbehörde, die Verlagerung der Aufgabe Rentenangelegenheiten umzusetzen.

Gebäude der Ortsverwaltungen

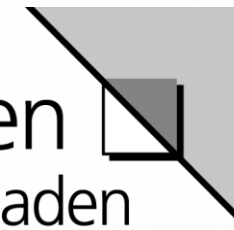
ÜBERBLICK MASSNAHMEN



 Maßnahme	 Kernaussage Ortschaftsräte	 Einordnung der Verwaltung	 Vorschlag der Verwaltung
---	--	---	--

GEBÄUDESTRUKTUR

15-16	Umfassende Sanierungsbedarfe ermitteln	 Transparente, objektbezogene Kostengrundlage nötig; pauschale Kosten als Argument kritisch.	 Folgeprojekt erforderlich. Vertiefte Kostenstruktur im Folgeprojekt aufarbeiten.	 Folgeprojekt erforderlich. Vertiefte Kostenstruktur im Folgeprojekt bearbeiten.
15-25	Räumliche Veränderungen Adelhausen und Nordschwaben prüfen	 Wie bei Maßnahme 15-16.	 Folgeprojekt erforderlich. Geeignete Unterbringungsmöglichkeiten prüfen.	 Folgeprojekt erforderlich. Unterbringungsmöglichkeiten für Adelhausen und Nordschwaben prüfen.
15-26	Alternative Unterbringung weiterer Ortsverwaltungen	 Kritisch, da Gebäude mehr als Kostenfaktor; soziale und örtliche Funktionen berücksichtigen.	 Wird nicht weiterverfolgt.	 Wird nicht weiterverfolgt. Prüfung alternativer Unterbringung wird nicht weiterverfolgt.



 Maßnahme	 Kernaussage Ortschaftsräte	 Einordnung der Verwaltung	 Vorschlag der Verwaltung
Personalpool prüfen Neues Konzept für Öffnungszeiten der weiteren Ortsverwaltungen und flexible Besetzung.	• Kritisch, wenn nur Kundentermine zählen. • Telefon, E-Mail, Sitzungsarbeit und örtliche Abstimmung berücksichtigen. • Feste Ansprechpartner und Ortskenntnis erhalten. • Bürgerservice stärken, nicht nur Personal sparen.	 Folgeprojekt erforderlich. Personalpool kann Vertretung sichern, Standards stärken und Einsatzplanung verbessern. Örtliche Anbindung bleibt zu berücksichtigen.	Personalpool prüfen und umsetzen. Einführung entsprechend Gutachten prüfen. Ziel: flexible Einsatzplanung, verlässliche Vertretung und bessere Erreichbarkeit per Telefon, E-Mail und Videoberatung.

Beschlussvorschlag



Der Gemeinderat beschließt:

1. die **Verlagerung** der Aufgaben der **Rentenangelegenheiten**, vorbehaltlich der Stellungnahme des **Regierungspräsidiums**,
2. die umfassenden **Sanierungsbedarfe** der **Gebäude** der Ortsverwaltungen zu ermitteln sowie räumliche Veränderungen in **Adelhausen** und in **Nordschwaben** zu prüfen,
3. die Einführung eines **Personalpools**.

